

Buchloer Hofnarr

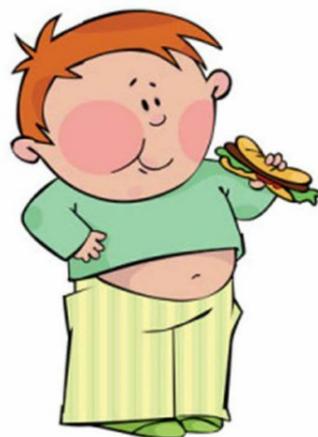
Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 91 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 25.06.2021

Kinder müssen sich mehr bewegen

Für die Bewegung der kleinen Feisten ist die Schule zuständig – so wie für alles, worauf die Erzeugergemeinschaften keine Lust haben. Damit die Kinder erholt in der Schule ankommen fahren immer mehr der Dicklinge und Bewegungslegastheniker mittlerweile mit dem Elektroroller in die schulische Ausbildungsverwahranstalt. Dort sollen sie dann ab der ersten Klasse alle Bewegungsmuster einüben, welche einzuüben die Eltern durch Tragen, Fahren, Laufräder und Chauffieren verpasst haben: Gehen, Laufen, Springen, auf einem Bein stehen, ... Danke! Denn in der Schule haben die Lehrer*innen auch nichts Wichtigeres zu tun!



Weniger als die Hälfte der Deutschen glaubt,

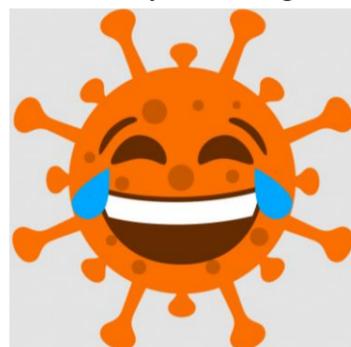
man könne seine Meinung in Deutschland noch frei äußern (Quelle: tagesanzeiger.ch).

< $\frac{1}{2}$

Wenn „die Deutschen“ diese Meinung äußern, werden sie in Tageszeitungen zitiert, im Fernsehen gesendet oder in Social Media verbreitet. Diese Meinung dürfen sie ohne Strafandrohung äußern und verbreiten und jede noch so abstruse Meinung, Äußerung und Fake-News wird in Internetzirkeln, im TV oder bei Demonstrationen in die Öffentlichkeit geblasen. Daraus abzuleiten man dürfe sich nicht äußern, ist ähnlich absurd als sich während des Sex über keinen Sex zu beklagen. Ähnlich wie beim Sex hat man aber kein Recht darauf, dass der/die andere, das was man macht/äußert, gut findet. Demonstriert doch weiter gegen angebliche Demonstrationsverbote und sagt eure Meinung über die Einschränkung der Meinungsfreiheit, dann weiß ich, dass ich in einem freien Land lebe – mit einem staatlich garantierten Recht auf Dummheit.

Bitte noch zwei Jahre Corona

Nach eineinhalb Jahren Corona – Pandemie benötigen nach der veröffentlichten Meinung von Politikern und Eltern- und Lehrerverbänden viele Kinder Förderunterricht um versäumten oder nicht verstandenen Unterrichtsstoff aufzuholen. Zeitgleich werden im Schuljahr 2021/2022 mehr Kinder als jemals zuvor an die Gymnasien und Realschulen übertreten. Dieses Corona – Paradoxon sorgt dafür, dass Kinder welche weniger können besser bewertet werden als in den Jahren zuvor. Wenn es Politik und Wissenschaft gelingt die Corona – Pandemie (Epsilon-, Zeta-, Eta-, ... Varianten) am „Laufen“ zu halten, dann können spätestens zum Schuljahr 2023/2024 die ungeliebten Hauptschulen abgeschafft werden, da durch noch mehr Unterrichtsausfall die Leistungen der Schüler noch höher prognostiziert werden und keine Schülerin und kein Schüler mehr nach der Grundschule für die Hauptschule übrig bleiben wird. Dieser Trend wird sich dann bis zur Abschaffung der Realschule fortsetzen, denn wenn die Kinder dann wieder in die Schule gehen werden, werden sich die Leistungen verbessern müssen, weil sonst die Präsenzschule überflüssig würde. Spätestens 2030 wird also jedes Kind nach der Grundschule ins Gymnasium gehen.



Bildquelle: iximus.de

Wussten Sie,

das die Erörterungstermine zur Planfeststellung für die Bundesstraße 12 am Montag, den 12. Juli 2021, am Dienstag, den 13. Juli 2021 und am Mittwoch, den 14. Juli 2021, nur deswegen um 9:30 beginnen, damit möglichst viele Menschen, welche eine Einwendung geschrieben haben, teilnehmen können, denn wenn jemand Zeit hat, dann ist das werktags am Vormittag. Auf der nicht öffentlichen Tagesordnung (ich habe sie nicht gefunden) können sie nachsehen, wann ihre Einwendung dran ist. Vergessen sie aber nicht sich bis zum 01.07.2021 anzumelden.

Nach zwei Jahren

wird der Jugendbeirat neu gewählt. Die hohe Akzeptanz des Buchloer Jugendbeirats unter den Buchloer Jugendlichen erkennt man an der hohen Zahl der Bewerber. Für die acht Plätze im Jugendbeirat stellen sich sieben Kandidaten*innen zur Wahl. Bereits die eigene Stimme genügt um gewählt zu werden. Damit ist die demokratische Legitimation des vor zwei Jahren mit einer enormen Wahlbeteiligung von 5,1 Prozent gewählten Jugendbeirats weiter abgesunken. Diese Wahlbeteiligung gab die Ergebnisse einer Umfrage unter Jugendlichen aus dem Jahr 2018 wieder, wonach sich nur 6 % der Befragten überhaupt für Kommunalpolitik interessierten.

Für die Jugendbeiratswahl sind alle Buchloer zwischen 14 und 25 Jahren wahlberechtigt. Ca. zwei Drittel der Wahlberechtigten und sechs der sieben Kandidaten sind volljährig und dürfen im September auch bei der Bundestagswahl wählen (und auch für den Bundestag kandidieren). Vielleicht ist das der Grund für das Desinteresse der jungen Buchloer. Die 14-18jährigen wollen sich nicht von jungen Erwachsenen vertreten lassen und die große Mehrheit der über 18jährigen möchte sich zu Recht nicht von einer Jugendvertretung vertreten lassen, da sie sich als das betrachten, was sie sind: Erwachsene!

Man braucht viel Mut um zuzugeben, wenn ein Projekt gescheitert ist. Dieser Mut fehlt den politisch Verantwortlichen, den Jugendbeiräten und dem Stadtjugendpfleger in Bezug auf den Jugendbeirat der Stadt Buchloe.



Bildquelle: cityofchesapeake.net

Übrigens,

mit einer Baumschutzverordnung spricht man den Menschen das stadträtliche Misstrauen aus, welche auf ihrem Grund dafür gesorgt haben, dass es größere Bäume gibt. Diesen Grundbesitzern traut man bei den Grünen und der UBI ab einer bestimmten Größe des Baumes nicht mehr zu, selbst für das Wohl des Baumes zu sorgen. Hätten alle Stadträte*innen auf ihrem eigenen Grund Bäume in einer schützenswerten Größe, würden sie diesen Eingriff in die Eigentumsrechte mit Sicherheit für überflüssig halten. Besitzer „richtiger“ Bäume zeigen allein daran, dass sie diese Bäume haben groß werden lassen, dass ihnen ihr Baum am Herzen liegt. Hoffentlich folgt der Stadtrat der Empfehlung des Hauptausschusses – vielleicht sogar ohne neue groß ausufernde Diskussion, in der alle Argumente aus dem Hauptausschuss wiederholt werden, denn sonst hätte man sich die Vorberatung sparen können. Ein Wort zum Naturschutz: Kein Baum innerhalb menschlicher Siedlungsflächen ist „Natur“. Alle wurden von Menschen gepflanzt.

Die dritte Bürgermeisterin schlägt gar einen Arbeitskreis „Baumschutz“ vor, denn wenn man nicht mehr weiter weiß, gründet man einen Arbeitskreis. Durch Sitzungsgeld motiviert zusammensitzen, ergebnisoffen reden und keine Entscheidungen treffen – das wäre wohl ganz im Sinne mancher Stadträte gewesen, deren Gesprächsbedarf zuhause nicht gedeckt wird, wurde aber zum Glück abgelehnt. (Quelle: BZ 24.06.2021)



Bildquelle: grueneliga-berlin.de